

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 62 (1968)

Heft: 9

Artikel: Weltrundschau : der Massenmord an den Ibo ; Der Vergewaltigung der Tschechoslowakei ; Was soll nun werden? ; Krieg und Kriegsgeschrei überall ; Abrüstung - warum? ; Blick auf die Kirchen ; Koexistenz?

Autor: Kramer, Hugo

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141469>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Massenmord an den Ibo

In den zwei Monaten, die seit der Niederschrift unserer letzten Welt-rundschau verflossen sind, hat sich im Völkerleben viel und zum Teil sehr Wichtiges ereignet. Vor allem ist es natürlich der Lebenskampf der Tschechoslowakei, der uns alle tief bewegt und erschüttert hat und es weiter tut. Und doch soll an der Spitze der neuen Rundschau nicht eine Betrachtung dieses Lebenskampfes stehen, sondern wiederum ein Wort zum *Todeskampf der Ibo*, des Volkes von Biafra. Militärisch ist Biafras Schicksal vorderhand besiegelt. Seine Streitmacht ist der Armee der nigerianischen Bundesregierung, die besonders von England aus weiterhin mit Waffen beliefert wird, wohl hoffnungslos erlegen. Und die Frage ist nur noch, ob und wieweit sein Volk vollends körperlich ausgerottet werden soll. Die Gefahr besteht tatsächlich; die zuverlässigsten Berichte sprechen von einem ganz unbeschreiblichen Elend der Millionen von verhungerten Flüchtlingen, die wenigstens ihr nacktes Leben zu retten suchen, aber von den nachdrängenden Nord- und Westnigeriern erbarmungslos abgeschlachtet werden. Die Schuld daran, dass die Hilfsunternehmungen, die aus Europa und Amerika in Gang gebracht wurden, nur ganz ungenügende Mengen von Lebensmitteln nach Biafra bringen können, liegt heute unzweideutig bei der Zentralregierung in Lagos. Sie hat einen durchaus verwirklichbaren Vorschlag des Internationalen Roten Kreuzes für die Öffnung eines Beförderungsweges abgelehnt, nachdem er vom Führer der Ibo vorbehaltlos angenommen worden war. Die Lage ist damit schlechthin unerträglich geworden – ein Welt-skandal, wie er ärger nicht gedacht werden kann. Nur noch die Regierung Grossbritanniens, die sich sozialistisch heisst, könnte diejenige von Lagos zwingen, diesen Vorschlag anzunehmen. Wird sie es im letzten Augenblick doch noch tun und sich von allen politischen und wirtschaftlichen Rück-sichten (Öl!) freimachen, nachdem schon viele Hunderttausende von Flüchtlingen jedes Alters aufs traurigste zugrundegegangen und weitere Hundert-tausende auch im besten Fall lebenslang an Gesundheit und Kraft schwer geschädigt worden sind?*

Der Vergewaltigung der Tschechoslowakei

Unser Bericht über den Kampf der Tschechoslowakei im Juli-/Augustheft schloss mit dem Ausdruck der Hoffnung, es möge dem tschechoslowakischen Volk vergönnt sein, eine sozialisti sche Demokratie, wie sie seinen Führern vorschwebte, trotz allen inneren und äusseren Hemmnissen auszubilden. Die Hoffnung ist furchtbar ent-täuscht worden. Vor allem der Druck von der Sowjetunion und ihren willen-

*) Nach neueren Berichten hat sich die Bundesregierung in Lagos mit dem Roten Kreuz doch noch über einen gangbaren Versorgungsweg nach Biafra geeinigt. Lasst uns hoffen, es sei nicht allzuspät!

losen Gefolgsstaaten her verstärkte sich im Laufe des Juli immer mehr. Der drohende Einmarsch von Truppen der Warschauer Vertragsorganisation schien zwar durch Verhandlungen, die im ostslovakischen Schwarzau und dann in Pressburg stattfanden, vermieden worden zu sein. Aber die Schluss-erklärung von Pressburg war so gewollt zweideutig und dehnbar, dass es jedermann klar war: die Entscheidung im Ringen zwischen der Tschechoslowakei und den «Warschauern» war noch nicht gefallen; die unvereinbaren Gegensätze waren nur oberflächlich verwischt worden. Und tatsächlich entschloss sich denn auch die Sowjetführung, gedrängt nicht zuletzt von Ulbricht und Gomulka, kurz danach, ihren Willen mit Gewalt durchzusetzen, also die Tschechoslowakei doch *militärisch zu besetzen*. Am 21. August rückten demgemäß Streitkräfte der Sowjetunion, unterstützt von kleineren Truppenkörpern der DDR, Polens, Ungarns und Bulgariens, in die Tschechoslowakei ein und halten sie seitdem in der Stärke von etwa einer halben Million Mann besetzt.

Was nach Schwarzau und Pressburg geschehen ist, weiss man nicht genau. Haben die «Harten» rebelliert und die Oberhand über die «Weicherer» gewonnen? Oder war, auf Grund falscher Berichte über die Stimmung des Volkes, der Einmarsch in die Tschechoslowakei Mitte Juli schon endgültig beschlossen, aber nur aufgeschoben worden, weil man noch nach Vorwänden suchte, um ihn zu rechtfertigen? Wir werden es vorläufig kaum erfahren. Wir wissen nur, dass die schliesslich vorgebrachten Gründe für den Einmarsch einfach Vorwände von einer Lügenhaftigkeit waren, die nicht einmal von den Verteidigern des amerikanischen Vietnamkrieges übertroffen wird. Tschechoslowakische Gegenrevolutionäre und ausländische Kapitalisten und Imperialisten, so wagte man jetzt die Welt glauben zu machen, hätten gemeinsam den Sozialismus in der Tschechoslowakei in schwerste Gefahr gebracht, und aus Prag seien dringendste Hilferufe an Moskau ergangen, denen sich die Sowjets nicht hätten verschliessen können. Es wurde sogar (am 28. August) behauptet, amerikanische Stosstruppen seien als Touristen verkleidet bereits in die Tschechoslowakei eingeschleust und westdeutsche Waffen aus österreichischen Kasernen eingeschmuggelt worden. Kurz, die Tschechoslowakei hätte angeblich aus dem Ostblock herausgebrochen und ins Lager der Westmächte übergeführt werden sollen.

Einen auch nur von fern überzeugenden Beweis für all diese Behauptungen haben Moskau und seine Mitläufer bis heute nicht erbringen können. Über blosse Verdächtigungen, Vermutungen, Unterstellungen – die jederzeit billig zu haben sind – ist die sowjetische Propaganda meines Wissens nie-mals hinausgekommen. Der sozialistische Charakter der tschechoslowakischen Reformbestrebungen war denn auch völlig unangetastet geblieben. Im Gegensatz zu Ungarn (1956) bestand keine Gefahr, dass die Tschechoslowakei ins Westlager übergehen könnte. Von einer kapitalistisch ausgerichteten gegenrevolutionären Bewegung konnte keine Rede sein; womit es das neue Regime in der Tschechoslowakei zu tun hatte, war vielmehr der hartnäckige Versuch der Anhänger des alten (stalinistischen) Regimes, das Rad der Entwicklung zurückzudrehen. Dass man in Westdeutschland be-

müht war, mit der sogenannten neuen Ostpolitik die verschiedenen Volksrepubliken von der Sowjetunion zu trennen und in ihnen den Sozialismus aufzuweichen, ja sogar die bestehenden Machtverhältnisse und Grenzziehungen in Mittel- und Osteuropa überhaupt umzustürzen, das ist freilich Tat- sache; es belastet die Bundesrepublik schwer mit einer Mitschuld an der Verhärtung der Sowjetführung, der ein billiger Vorwand für den Überfall auf die Tschechoslowakei – Verteidigung der aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangenen internationalen Ordnung – geliefert wurde. Aber mehr als ein verlogener Vorwand war es eben doch nicht. Und dass hinter den westlichen Hoffnungen und Wünschen in bezug auf die Zukunft der Tschechoslowakei die Vereinigten Staaten stünden, ist vollends widersinnig; es ist ja mit Händen zu greifen, dass auch im Fall Tschechoslowakei die Washingtoner Regierung die sowjetische «Einflusszone» peinlich gewissenhaft anerkennt, also Osteuropa ebenso der Sowjetunion als Jagdgebiet zu überlassen entschlossen ist, wie die Sowjets den Vereinigten Staaten Westeuropa und den ganzen amerikanischen Erdteil zur «Betreuung» überlassen, ja sogar – siehe Vietnam – Rücksicht auf die amerikanischen Herrschaftsansprüche in Asien nehmen.

Der Sozialismus als solcher war also keinesfalls bedroht; und die Sowjetunion hatte darum weder Grund noch Recht, mit Gewaltmitteln, die ein Schlag ins Gesicht jeglichen Sozialismus sind, seine «Verteidigung» in die Hand zu nehmen, doppelt nicht, wenn es sich um die «Rettung» eines anderen sozialistischen Landes handelte. Aber diese Feststellung anerkennt nun eben die Führerschaft der Sowjetunion und ihrer Verbündeten ganz und gar nicht. Sie bestreitet gerade, dass die Tschechoslowakei mit ihren wirtschaftlichen und namentlich politischen Reformen noch auf dem Boden des Sozialismus geblieben sei. Für sie gibt es keinen *freiheitlichen* Sozialismus (mindestens nicht bis zum Absterben des Staates selber); es gibt für sie vorderhand nur einen mit Diktatur und Gewaltmitteln dem Volk auferlegten Sozialismus, zu dessen Verteidigung Kriegsbereitschaft, Kriegsführung und notfalls auch Beherrschung widerstrebender Völker und Länder unbedingt geboten seien. Die Träger der Diktatur sind dabei mehr und mehr zu einer in sich selbst ruhenden Oberkaste von Parteibeamten, Verwaltungsfachleuten, Technokraten und Militärführern geworden, die alle Ansätze zur Demokratisierung von Partei und Staat, Wirtschaft und Gesellschaft als Bedrohung ihrer Machtstellung empfinden, aber als gegenrevolutionäre Bedrohung des Sozialismus ausgeben.

Gegen diesen «Sozialismus», dem gewalttätigen Diktaturkommunismus, kehrte sich nun allerdings die neue tschechoslowakische Führung, war sie doch drauf und dran, einen Sozialismus aufzubauen, der wirklich Volkssache werden konnte und die freie Zustimmung und Mitarbeit aller Volksschichten verlangte. Hier liegt die Wurzel des ganzen Gegensatzes. Und die Sowjetkommunisten gehen mit dem ganzen dogmatischen Unfehlbarkeitsdünkel, den wir an ihnen kennen, mit der ganzen Unduldsamkeit und Roheit, der sie fähig sind, darauf aus, ihre Vorstellung von internationalem Sozialismus, der mit den Interessen ihres nationalen Imperiums zusammenfalle,

durchzudrücken. Die Parallele zum amerikanischen Vietnamkrieg liegt auch hier nahe, trotz den Unterschieden zwischen dem Fall Tschechoslowakei und dem Fall Vietnam, die im übrigen natürlich da sind. Auch die Amerikaner wollen *ihre* Vorstellung von Volkswohl – ironischerweise gegen den gleichen Kommunismus, mit dem sie sonst in seiner sowjetischen Form koexistieren – einem anderen, vielfach kleineren, aber widerstrebenden Volk aufzwingen und berufen sich dabei ebenfalls auf ein (diesmal tatsächlich ergangenes) Hilfegesuch, freilich das Hilfegesuch einer grundverderbten, volksfeindlichen Oberschicht, die sie nun mit dem Einsatz aller militärischen und wirtschaftlichen Machtmittel am Ruder zu halten bemüht sind, ähnlich wie die Russen auch in Prag eine ihnen gefügige Puppen«regierung» einzusetzen suchen...

Was soll nun werden? Den tschechoslowakischen Partei- und Staatsführern ist die wenn auch verklausulierte Zustimmung zur Besetzung ihres Landes in Moskau, wohin sie verschleppt worden waren, unter Umständen *abgepresst* worden, die von empörender Ruchlosigkeit sind. Die «offene und kameradschaftliche Atmosphäre», die nach der Agentur Tass dabei geherrscht haben soll, glaubt die Welt den Russen so wenig wie vorher die Behauptung, in Pressburg seien die Teilnehmer der Beratung entschlossen gewesen, die allseitige Zusammenarbeit ihrer Länder entsprechend den Prinzipien der Gleichberechtigung, der Achtung, der Souveränität und nationalen Unabhängigkeit, der territorialen Integrität, der brüderlichen gegenseitigen Hilfe und Solidarität zu vertiefen. Und erst recht tönen dem tschechoslowakischen Volke selbst solche verlogenen Redensarten wie blutiger Hohn in den Ohren. Ein Geist charaktervollen, ja heldenmütigen *Widerstandes* ist dadurch in ihm erweckt worden, für den wir nur tiefe Bewunderung und Dankbarkeit empfinden können. Und wir sind sicher, dass die Russen und ihre Schergen, die mit so etwas nicht gerechnet hatten, mit der moralischen Auflehnung eines militärisch wehrlos gemachten Volkes gegen seine Vergewaltiger nicht fertig werden. Gewiss, die tschechoslowakische Abordnung hat in Moskau die Besetzung für so lang annehmen müssen, bis sich die Lage wieder «normalisiert» habe. Und selbstverständlich werden allein die Sowjets bestimmen wollen, *wann* sie als «normal» angesehen werden könne. Sie zählen dabei vornehmlich auf die Wiedereinführung der Presse- und Versammlungszensur, zu der sich die tschechoslowakischen Staats- und Parteiführer in Moskau ebenfalls verpflichten mussten. Diese Massnahme vor allem, so glauben sie, werde die mehr oder weniger schmerzlose Gleichschaltung der Tschechoslowakei mit den kommunistischen «Bruderländern» über kurz oder lang sicherstellen.

Aber die Russen werden sich getäuscht sehen. Denn *eines* haben sie doch nicht erreicht: die Auswechselung der Führungsmannschaft in Partei und Staat. Kein einziger namhafter und angesehener Tscheche oder Slowake hat sich zum «Quisling» erniedrigt. Von einer Puppenregierung ist keine Rede. Die Russen haben wohl oder übel das Recht der Tschechoslowaken

anerkennen müssen, sich ihre Regierung selber zu wählen. Als Parteiführer haben sie sogar wieder den ihnen zu Tod verhassten Dubcek annehmen müssen, den sie noch vor kurzem öffentlich als «Verräter» beschimpft und verleumdet hatten, und den sie, als sie ihn nach Moskau gebracht hatten, am liebsten hätten mit einem Genickschuss verschwinden lassen, wie seinerzeit den Ungarn Maletér ... Was Dubcek getan hat, war in den Augen der Breschnew, Suslow und Podgorny tatsächlich ein unerhörtes, ein todeswürdiges Verbrechen: er hat es fertiggebracht, der Welt zu beweisen, dass es möglich ist, in einer kommunistischen Diktatur völlig gewaltlos, einzig durch die Macht der Wahrheit und des Rechtes, die herrschende Funktionärgruppe zu stürzen, auch wenn sie Moskau im Rücken hat. Und was für Dubcek, das gilt auch für Cernik und Swoboda, für Smrkowsky und all die anderen, die in den Führungskörperschaften von Partei und Staat den Reformkurs fortzusetzen gedenken, auch wenn ihnen allerlei Aufpasser und Kollaborateure dritten Ranges zugesellt werden konnten. Dazu die grossartige innere Einheit des Volkes selbst, besonders der Arbeiter und der Intellektuellen. Was kann die Besetzungsmacht gegen diese Geschlossenheit von Volk und Führung zuletzt ausrichten? Was die Russen auch unternehmen mögen: sie haben innerlich die Tschechoslowakei bereits verloren und werden sie auch äusserlich abschreiben müssen. Der passive Widerstand des Volkes und die alterprobten Eigenschaften des «braven Soldaten Schwejk» werden über die brutale Militärgewalt siegen. Und wir Aussenstehenden sind mit ganzem Herzen bei der still, aber verbissen duldenden Tschechoslowakei, die so ganz allein in der Welt dasteht, für die sich keine Hand in den Regierungen der berühmten «Demokratien» regt und der keine UNO mitsamt ihrer «Menschenrechts»-Satzung hilft. Inzwischen drängen sich einige Feststellungen und Folgerungen auf, die vorläufig in aller Knappheit ausgesprochen seien.

1. Der Diktatursozialismus fühlt sich in Osteuropa wieder gefestigt. Breschnew und seine Mitschuldigen, die im innerparteilichen Machtkampf um ihr Weiterleben bangen mussten, mögen aufgeatmet haben und sich mindestens für den Augenblick gesichert wähnen. Auch die Ulbricht, Gomulka und Genossen sind zunächst wieder gerettet. Aber das ist nicht das Ende. Die Reformbewegung in der Tschechoslowakei wird wiederaufleben – dafür sorgt schon die bedenkliche Wirtschaftslage des Landes – und trotz allem auf die anderen Ostblockstaaten übergreifen. Sie wird auch in der Sowjetunion Veränderungen herbeiführen, die die heutigen Machthaber noch kaum ahnen. Ihre Tage sind ebenso gezählt wie diejenigen ihrer Stützen und Schützlinge in der DDR, in Polen, in Ungarn und Bulgarien. Schon jetzt gibt es Anzeichen dafür, dass die liederliche politische Vorbereitung des Überfalls auf die CSSR die dafür Verantwortlichen teuer zu stehen kommen wird.

2. In der Tschechoslowakei selbst wird es im Zuge dieser Entwicklung unmöglich werden, die Alleinherrschaft der Kommunistischen Partei aufrechtzuerhalten, die auch die Träger der Reformbewegung bisher als unantastbar erklärt haben. Der hier liegende Widerspruch wird sich auflösen

– aber nicht so, dass nun ein Parlamentarismus und ein Mehrparteiensystem nach bürgerlich-kapitalistischem Muster an die Stelle des Kommunismus trate. Es wird eine *sozialistische* Demokratie sein, die hier aufgebaut werden wird, die also auch jenen anderen Widerspruch aufheben wird, der im Neben- und Miteinander von wirtschaftlicher Diktatur und politischer Formdemokratie der kapitalistischen Länder besteht.

3. Mittlerweile hat das Ansehen und die Führerstellung der Sowjetunion in der kommunistischen Welt durch ihr tschechoslowakisches Verbrechen einen Stoss erlitten, der sich als tödlich erweisen wird. Der Geist und der Schwung sind aus dem Sowjetkommunismus gewichen; übriggeblieben ist ein ungeheurer bürokratisch erstarrter Wirtschafts- und Staatsapparat mit einer gewaltigen Militärmacht, ein Riesenmechanismus, der den grossartigen sozialen und kulturellen Leistungen der Sowjetunion in zunehmendem Mass die innere Lebenskraft und schöpferische Wirkung zu entziehen droht. Das Sowjetregime, so wie es sich jetzt offenbart, hat in den kommunistischen Ländern selbst und darüber hinaus bei den kommunistischen Parteien und Bewegungen der übrigen Länder seine Anziehungs- und Werbekraft verloren. Der Riss in der kommunistischen Weltbewegung ist unheilbar geworden; daran werden alle Flick- und Verkleisterungsversuche mit Gipfelfkonferenzen und dergleichen nichts mehr zu ändern vermögen. Nur ganz wenige kommunistische Parteien der Welt haben es fertiggebracht, sich hinter die «brüderliche Hilfe» der Sowjetarmee für den «bedrohten Sozialismus» der Tschechoslowakei zu stellen. Warschaupakt hin oder her – der Sowjetkommunismus neuer Prägung ist im Zerfall begriffen, und auch wenn die Moskauer Führerschaft verbündet genug sein sollte, diesen Vorgang durch neue aussenpolitische Abenteuer aufhalten zu wollen, so wird ihn das natürlich erst recht beschleunigen.

4. Der kapitalistische Westen hat trotzdem keinen Grund zu Triumphgefühlen. Wohl werfen sich seine Sprecher jetzt selbstgerecht in die Brust und erinnern uns, dass sie die unheilbare Schlechtigkeit des Sowjetregimes schon längst erkannt und angeprangert hätten. Sie vergessen nur, dass es mit der Freiheit in den Ländern des Kapitalismus sowohl in der Wirtschaft als im sozialen Leben, im Staatsinneren wie in den Völkerbeziehungen, denkbar schlecht bestellt ist. Die Freiheitsbegeisterung, die jetzt diese Länder durchtobt, ist darum grossenteils nur Hass gegen den Sozialismus in *allen* seinen Formen und enttäuschte Hoffnung auf ein Abgleiten der Tschechoslowakei nach dem Westen hin und auf die fortschreitende Zersetzung des Ostblocks. Die Tränen, die jetzt über die Vergewaltigung der Tschechoslowakei vergossen werden, sind – wie «Le Monde» schrieb – insbesondere dann «eher Krokodilstränen, wenn sie aus einem Land kommen, das in Vietnam und in der Dominikanischen Republik gezeigt hat, wie es das Selbstbestimmungsrecht der Völker verletzt».

5. Alle reaktionären Kräfte im Westen haben zwar durch die Untat der Sowjetführung neuen Auftrieb bekommen. Ein neuer Antikommunismus übelster Sorte schien da und dort aufflammen zu wollen. Aber dass es dennoch nicht zu einer Verschärfung des Kalten Krieges reichen wird, soviel

jetzt von einem Ausbau des westmächtlichen Militärbündnisses (der NATO) die Rede ist, dafür sorgt niemand besser als die Regierung der Vereinigten Staaten, die sorgsam bemüht ist, die amerikanisch-sowjetische «Koexistenz» nicht zu Schaden kommen zu lassen und sich auf wortreiche, aber harmlose Proteste gegen die Besetzung der Tschechoslowakei beschränkt. Um so plumper ist man wieder in Bonn, wo im Gegensatz zu der konservativen Politik der Sowjetunion ausgerechnet jetzt daran erinnert wird, dass Westdeutschland «im Interesse der Einheit des deutschen Volkes» den status quo, also die bestehenden Macht- und Grenzverhältnisse in Mittel- und Osteuropa, zu verändern strebe. Auf jeden Fall hat Westdeutschland – wie das übrige Westeuropa und auch Nordamerika – durch seine Politik des Kalten Krieges seit Roosevelts Tod redlich dazu beigetragen, dass die Sowjetunion in eine starre, fast krankhafte Abwehrhaltung hineingetrieben wurde, die sich auch in der tschechoslowakischen Krise wieder als wenn auch «nur» örtlicher Angriffswille bekundet.

6. Nicht nur darum, sondern auch aus einem anderen Grund ist es widersinnig, wenn aus dem militärischen Vorstoss der Sowjetunion jetzt weiterum die Folgerung gezogen wird, dass es nun erst recht gelte, die westlichen Kriegsrüstungen aufrechtzuerhalten, und dass, wie das die Schweizerische Offiziersgesellschaft erklärte, nicht der geringste Grund vorliege, «irgendwelche Vorschussleistungen in bezug auf Abrüstung zu erbringen». Wenn etwas aus den Ereignissen um die Tschechoslowakei klar hervorgeht, so dies, dass nicht nur ein kleines Land trotz Armee einem grossen Angreifer ausgeliefert ist und bei militärischem Widerstand einfach zerdrückt würde, sondern auch die Grossen unter sich um keinen Preis einen Krieg riskieren dürfen, ihre Kriegsrüstung also reiner Bluff ist, der freilich lebensgefährlich bleibt und wider Willen doch zur atomaren Katastrophe zu führen droht. Ueberwindung des ganzen Blocksystems, Verzicht auf die trügerische Politik der gegenseitigen militärischen Einschüchterung ist eine entscheidende Voraussetzung für alle Friedenswahrung und Landesverteidigung, aber auch für alles Bemühen um eine wirtschaftliche, politische und geistige Höherführung der Völker. Wer das auch aus dem Unglück der Tschechoslowakei nicht zu lernen vermag, dem ist wahrlich nicht zu helfen.

Krieg und Kriegsgeschrei überall Auch ein noch so rascher Blick auf andere Schauplätze von Gemeinschaftskonflikten führt uns immer wieder zu diesem gleichen Schluss, dass eine Lösung solcher Konflikte mit Waffengewalt unmöglich geworden ist und der Versuch dazu nur noch zerstörerisch, nie aufbauend und rettend wirken kann. Man sieht es natürlich vor allem in *Vietnam*, wo ein Krieg, der sich selbst überlebt hat, end- und sinnlos weitergeschleppt wird, ohne auf diesem Weg irgendwelche Hoffnung zu bieten. Vielleicht zählen Nordvietnam und der Vietkong auf eine grundstürzende Änderung der Lage zu ihren Gunsten, wenn einmal der neue Präsident der Vereinigten Staaten im Amt sei. Aber diese Rechnung wäre so gut wie sicher falsch. Sowohl Nixon, der Kandidat der Republikaner, als Humphrey, derjenige der

Demokraten, hat sich auf die Fortsetzung der unseligen Kriegspolitik Johnsons festgelegt, wenn es auch möglich ist, dass Humphrey, der ehemalige Liberale, etwas mehr Bewegungsfreiheit haben wird als Nixon, der gesinnungslose Streber und Machtpolitiker. Der Zwang, einen nichtmilitärischen Ausweg aus der verfahrenen Lage in Ostasien zu finden, wird darum weiterbestehen.

In bezug auf *Israel* stehen beide Parteien unter dem gleichen Zwang. Ich habe das hier oft genug gesagt und will es nicht mehr ausführlich wiederholen. Die jüngste Entwicklung des Streitfalls hat es abermals erwiesen; immer wieder gewalttätige Übergriffe der Araber, besonders der mit mystischem Glorienschein umkleideten «Al Fatah», immer wieder Vergeltungsschläge der Israeli, die ihren Abschreckungszweck nicht erreichen, immer wieder ungerecht einseitige Verurteilung Israels durch die Vereinten Nationen – wo soll das alles enden wenn nicht in einem neuen Krieg, sofern nicht unbedingter Friedenswille – ohne Kriegsvorbereitung also – auf beiden Seiten einkehrt und eine Lösung des Konflikts möglich macht auf einer Linie, wie sie hier schon wiederholt umrissen wurde.

Von *Nigeria* und *Biafra* war zu Beginn dieser Rundschau bereits die Rede. Bürgerkriege sind auch in anderen Neostaaten Afrikas möglich, ja in gewissem Ausmass schon oder immer noch im Gang, so in den beiden Kongo-Republiken, in Kenya, in Tansania. Die weitaus grösste Gefahr liegt aber in dem drohenden zentral- und südafrikanischen *Rassenkrieg*, mit Rhodesien, Portugal und der Südafrikanischen Union auf der einen und den verzweifelnden Massen der entreichten Neger auf der anderen Seite. Und je länger die weisse Herrenrasse ihre Vorrechtsstellung mit zuletzt militärischer Gewalt aufrechtzuerhalten sucht, desto fürchterlicher droht der Ausbruch des offenen Rassenkampfes zu werden, der sich mit unheimlicher Sicherheit vorbereitet.

Dass auch die Länder *Lateinamerikas* vulkanischer Boden sind – nicht blass im buchstäblichen Sinn –, weiss jedermann. Einheimische und ausländische, das heisst nordamerikanische Militärgewalt unterdrückt bisher jede revolutionäre Bewegung, seit Kuba sich erfolgreich erhoben hat (es wird jetzt von den USA wirtschaftlich zu erwürgen versucht). Aber einmal wird auch hier dieses Mittel versagen – und dann wehe den Herren wie den Knechten! Die kürzliche Ermordung des amerikanischen Botschafters Mein in Guatemala sollte aufs Neue daran erinnert haben, dass es in ganz Mittel- und Südamerika unterirdisch grollt, und mithelfen, all denen die Augen und Ohren für die Möglichkeiten einer Verhinderung der Katastrophe zu öffnen, die immer noch blind und taub für alle Warnungszeichen sind. «Vor dem Sklaven, wenn er die Kette bricht, vor dem freien Menschen erzittere nicht!»

Abrüstung – warum? All die Fragen und Gegensätze im Völkerleben, die im Voranstehenden erörtert wurden, bekommen sofort ein ganz anderes Gesicht, wenn hinter ihnen nicht immer die Drohung stünde, sie «notfalls» mit Militärgewalt zu «lösen». Es ist darum

nur zu begreiflich, dass der Abschluss eines Vertrages über die *Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen*, wie er anfangs Juli von den Vereinigten Staaten, Grossbritannien und der Sowjetunion unterzeichnet wurde, weitherum als vielversprechender Schritt zu einer allgemeinen Rüstungsbegrenzung, ja zur eigentlichen Abrüstung, begrüßt wurde. Mehr als 50 Staaten haben sofort gleichfalls ihre Unterschrift daruntergesetzt, und weitere dürften folgen, sobald erst die Angst vor weiteren militärischen Vorstossen der Sowjetunion gemildert sein wird. Und hoffentlich wird auch die Schweiz dabei sein, die bisher – wie üblich – aus lauter Vor- und Rücksicht und Neutralitätsvergötzung es wieder einmal versäumt hat, durch unverzügliche Zustimmung «etwas Tapferes zu tun», wie es schon Zwingli einst von ihr gefordert hat.

Die Einwände gegen den Vertrag sind sicher nicht unverständlich, wenigstens nicht vom hergebrachten militärischen Denken aus. Die Nichtbesitzer von Atomwaffen fürchten vor allem (oder geben doch vor zu fürchten), die «glücklichen Besitzer» würden ihnen doch nicht die Gelegenleistungen bieten, die sie für den Verzicht auf eigene Kernwaffen verlangen müssten und die ihnen der Vertrag auch zuspricht. Andere (oder die gleichen) Staaten verschanzen sich hinter der angeblichen Gefahr, der Vertrag hindere sie an der Nutzung der Atomkraft zu friedlichen Zwecken; zu ihnen gehört namentlich die Bundesrepublik Deutschland, obwohl jedermann weiß, dass die Bonner Regierung am liebsten selber Atomwaffen hätte, sei es auch nur in Gestalt der Mitverfügung darüber. Wieder andere trauen der Auslegung strittiger Bestimmungen des Vertrages nicht und besorgen allerhand ernste Nachteile für sich, wenn sie ohne Vorbehalt unterschrieben. Schliesslich wird darauf hingewiesen, dass der ganze Vertrag keinen Wert habe, solange China, die vierte Atomwaffenmacht, ihm nicht beitreten könne oder wolle.

Wie dem allen aber auch sein mag: die Unterzeichnung des sogenannten Atomsperrvertrages ist auf jeden Fall eine moralische Gebärde, die einem gewissen Willen zur Rüstungsbegrenzung und zur Abrüstung entspringt und eine «realpolitische» Bedeutung auch dann hat, wenn dieser Wille sonst nicht besonders überzeugend vertreten wird. Bereits ist denn auch sowohl von amerikanischer wie von sowjetischer Seite verkündet worden, dass man schon «in nächster Zukunft» in Verhandlungen über die Begrenzung der Raketenwaffenausrüstung eintreten werde. Und auch die ewige Genfer Abrüstungskonferenz hat wieder einmal eine neue Tagungs runde hinter sich, die mehr als bloss die alten Rednereien und Ausreden für Nichtabrustung brachte ... Denn trotz all den bekannten Gründen, die gegen eine militärische Abrüstung ins Feld geführt werden, bleibt es mehr als je wahr, dass die gegenseitige Bedrohung mit Krieg nicht die beste Friedenssicherung ist, sondern umgekehrt das sicherste Mittel, den Krieg doch herbeizuziehen. Eine Welt ohne Kriegsrüstungen würden nicht den Völkern ihren wirksamsten Schutz vor Vergewaltigung nehmen, sondern sie nur veranlassen, ihr Daseinsrecht und ihren Daseinsschutz in den unendlich wirksameren Mitteln zu suchen, die die Verwirklichung von Freiheit, Gerechtigkeit und

Menschlichkeit auf ihrem Boden und die internationale Zusammenarbeit zur Gewährleistung von Wohlstand und Kultur für alle darstellen würden. Was allein in den «fortgeschrittenen» Ländern, die ja auch die Hauptträger der Kriegsrüstungen sind, mit den 650 Milliarden Schweizer Franken, die jetzt die Militärausgaben im Jahr betragen, an Werken der Volkswohlfahrt geschaffen werden könnte, ist schon oft berechnet worden und grenzt einfach ans Phantastische. Erst recht aber ist es geradezu eine Lebensfrage für die «unterentwickelten», das heisst von den «entwickelten» ausgebeuteten Völker und damit auf weitere Sicht auch für die reichen Länder selber, dass die Rüstungsausgaben ganz kräftig zurückgeschraubt werden.

Auf unserer Erde leben heute etwas mehr als drei Milliarden Menschen. Bis zum Jahr 2000 werden es sechs bis sieben Milliarden sein, also mindestens doppelt soviel wie jetzt. Eine derartig explosive Bevölkerungsvermehrung hat es überhaupt noch nie gegeben. Sollen diese neuzuwachsenden Menschen nicht grösstenteils verhungern, so muss die Erzeugung von Nahrungsmitteln in den nächsten 30 Jahren vervierfacht werden. Wird sie nur verdoppelt, so würde wie bisher die Hälfte der Erdbevölkerung unterernährt sein. Nun ist aber in den letzten Jahren die Nahrungsmittelerzeugung im ganzen überhaupt nicht gestiegen. Das heisst, für die jedes Jahr neugeborenen 65 bis 70 Millionen Menschen ist keine Nahrung bereitgestellt worden!

Und doch könnten für die drei oder vier Milliarden hungrigen Mäuler, die es bis zum Jahrhundertende neu geben wird, genügend Lebensmittel erzeugt werden. Beweis: In einer Reihe von Ländern, besonders in Westeuropa, Nordamerika und Australien, gibt es Nahrungsmittel im Überfluss, so stark auch die Bevölkerung wachsen mag. In anderen Ländern, so in der Sowjetunion und in Osteuropa allgemein, wohl bald auch in China, hält die Erzeugung von Nahrungsmitteln mit der Menschenzeugung Schritt. Und nur in der dritten Gruppe von Ländern, nämlich in den «Entwicklungs ländern» Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, bleibt die Herstellung von Nahrungsmitteln katastrophal hinter dem Bevölkerungszuwachs zurück. Warum? Professor Fritz Baade, einer der bekanntesten Erforscher des Problems, das uns hier beschäftigt, sagte es unverblümt: «Weil in diesem Teil der Welt die grossen Entdeckungen der Wissenschaft, die in Europa und Amerika sowie in der Sowjetunion und in den osteuropäischen Ländern in der breiten landwirtschaftlichen Praxis angewendet werden, bisher von der Masse der analphabetischen Bauern in völlig unzureichendem Ausmass zur Anwendung gelangen.» («Stimme der Gemeinde», Frankfurt a. M., Augustheft.)

Nur die Ausrottung des Analphabetenums und eine planmässige, grosszügige landwirtschaftliche Berufsberatung, so fährt Baade fort, vermag hier Abhilfe zu schaffen. Das setzt jedoch voraus, dass für diese beiden Aufgaben Mittel freigemacht werden, die allein durch eine *tief einschneidende Verminderung der Kriegsrüstungen* gewonnen werden können. «Damit aber kommen wir zu der Erkenntnis, dass das wichtigste Mittel zum Sieg im Weltkampf gegen den Hunger eine enge Zusammenarbeit zwischen Ost und West ist. Die industriell entwickelten Länder, und zwar sowohl die des

Ostens wie die des Westens, werden ihre Hilfe an die in Hunger und Armut lebenden Länder gewaltig verstärken müssen. Um das aber tun zu können, ohne wichtigste Aufgaben im eigenen Gebiet zu vernachlässigen, müssen die unproduktivsten Ausgaben drastisch eingeschränkt werden, nämlich die Rüstungsausgaben, und zwar in einem solchen Umfang, dass die Rüstungseinschränkung im Osten nur denkbar ist, wenn auch der Westen seine Rüstung einschränkt, und umgekehrt.»

Blick auf die Kirchen

Die Logik dieser Beweisführung ist unentzerrbar. Entwicklungshilfe im bisherigen, eigentlich blos sinnbildlichen Ausmass genügt bei weitem nicht; sie muss so machtvoll und grosszügig einsetzen, wie das nur möglich ist, wenn zuvor eine Einigung unter den «fortgeschrittenen» Staaten über eine entsprechende militärische Abrüstung erzielt ist. Und das wiederum macht den Verzicht auf den militärisch auszutragenden Kampf zwischen den beiden grossen Machtblöcken, auf den «Kalten Krieg» zwischen dem kapitalistischen und dem kommunistischen Lager zur unabweisbaren Notwendigkeit. Das muss nicht zuletzt gegenüber den wenn auch noch so dankenswerten Bemühungen der *Kirchen* um Frieden und Entwicklungshilfe festgehalten werden. Bei dieser Hilfe darf es sein Bewenden keinesfalls haben. Radikaler Einsatz der Kirchen im Kampf gegen alle Kriegsursachen, gegen alle Kriegsrüstungen, gegen das ganze wirtschaftliche System, das hinter ihnen steht, und namentlich auch gegen den immer noch grassierenden *falschen* Antikommunismus, der nur von der wirklichen Aufgabe ablenkt – *das* tut ihnen not. Nicht zu Unrecht bemängelt darum Malcolm Muggeridge im «New Statesman» (26. 7.), für den er die Weltkirchenkonferenz in Uppsala besuchte, dass man in dieser Versammlung viel zu sehr nur einzelne anstössige Bekundungen des modernen «Kulturgeistes» herausgegriffen und dagegen protestiert habe. «An jedem schönen Wochenende», so bemerkt er beispielsweise, «werden viel mehr Menschen auf den Strassen der Welt getötet und verletzt als in einem Monat Vietnamkrieg – aber wer hörte je von einem Protestmarsch dagegen? Um dem Gemetz auf den Strassen Einhalt zu tun, wäre es nötig, das Autofahren zu beschränken, was aber die Kirchen keinesfalls empfehlen konnten.»

Besonders nachdenklich gemacht hat mich im übrigen, was der freilich oft recht eigene Wege gehende englische Kritiker über die Gründe des so plötzlich erwachten sozialreformerischen Eifers mancher Kirchenführer sagt. In Uppsala, so fand er, habe sich nur wieder gezeigt, «dass sich die in ihren Einrichtungen erstarnte Christenheit ruhig, aber unerbittlich selbst auslöscht. Es ist höchstens eine Frage von Jahrzehnten, dass sie in ihrer jetzigen Gestalt grossenteils verschwunden sein wird ... Wie man in Uppsala klar sah, konnten sich die Leute so ziemlich über alles einigen, weil sie sozusagen nichts glaubten». Mit der christlichen Religion habe dieser ganze Betrieb kaum etwas zu tun gehabt. «Es ist, so vermute ich, nur zu natürlich, dass sich die Kirchen darum in ihrer endgültigen Altersschwäche auf ihre

sozialen Verantwortlichkeiten konzentriert und die geistigen vernachlässigt haben.»

Mag auch Muggeridge zu schwarz sehen, so trifft er sich doch mit gewissen Beobachtungen, die jeder von uns am Geist und Wirken so vieler christlichen Organisationen machen kann. Auch «Der Spiegel», das grosse westdeutsche Nachrichtenmagazin, zieht aus einer Meinungsumfrage, die in seinem Auftrag in der Bundesrepublik über Kirchen und Christentum gemacht wurde, den Schluss: «Die Kirchen sind in eine Krise des Glaubens geraten, wie sie in den zwei Jahrtausenden ihrer Geschichte ohne Beispiel ist. In der katholischen Kirche wird sie noch mühsam verborgen, in der evangelischen Kirche tritt sie offen zutage.» Nur am Rand sei vermerkt, dass auch rein äusserlich in unserer Welt die Zahl der als Christen anzusprechenden Menschen infolge des besonders grossen Bevölkerungswachstums in den nichtchristlichen Ländern immer schneller zurückgeht. 1948 betrug sie noch 42 Prozent der Gesamtbevölkerung; heute liegt sie bei kaum 30 Prozent, und bis zum Jahrhundertende dürfte sie auf etwa acht Prozent gesunken sein. Nur ist zum Glück die Aufrichtung der Gottesherrschaft über die ganze Erde wahrhaftig alles andere als eine Zahlen- und Massenfrage!

Koexistenz?

Aber kehren wir zur Frage des Welthungers, der Abrüstung und der friedlichen Koexistenz der mit einander im Wettstreit stehenden Völker- und Staatengruppen zurück. An der Notwendigkeit, besonders einen kriegerischen Zusammenstoss zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zu vermeiden, wird trotz Tschechoslowakei niemand rütteln. Sie hat sich seit der Beilegung der Kubakrise und der Programmrede Präsident Kennedys vom Juni 1963 in einer planmässigen Annäherung der beiden Riesenmächte ausgedrückt. Der «heisse Draht» zwischen Washington und Moskau wurde damals rasch erstellt. Ebenso schnell kam es zu dem Vertrag über die Einstellung der meisten Atomwaffenversuche. Sowohl die USA als die Sowjetunion vermeiden seither, wenn immer möglich, jede gegenseitige Herausforderung über irgendeiner Streitfrage in irgendeinem Teil der Welt. Von den früher so beliebten amerikanischen Unternehmungen zur Unterwühlung der Sowjetunion und des Ostblocks hört man wenig mehr; andererseits ist es offenkundig, dass Moskau den kommunistischen Parteien in Lateinamerika den Befehl zum Stillhalten gegeben hat und dass sich seitdem die Revolutionäre der mittel- und südamerikanischen Länder durch Kräfte vollzieht, die von der Sowjetunion unabhängig sind. Vietnam war freilich der wunde Punkt in der Koexistenzpolitik; aber mehr als ein unglücklicher Zwischenfall ist der Vietnamkrieg für die Russen kaum, und im übrigen sind sich sowohl Moskau als Washington grundsätzlich einig in ihrem Gegensatz zu China, für das Koexistenz auf dem Boden des kapitalistisch-imperialistischen Weltsystems ebenso ein Verrat am Sozialismus ist wie der Übergang kommunistischer Staaten vom diktatorischen Zentralismus zu einer Art sozialer Marktwirtschaft und Unternehmungsfreiheit. Der

nach sechseinhalbjährigen Verhandlungen zustandegekommene Vertrag über die Nichtweiterverbreitung der Kernwaffen und die Einrichtung einer direkten Luftverkehrslinie zwischen Moskau und Neuyork nach fast einem Jahrzehnt mühsamer Vorbereitungen waren die jüngsten Bekundungen dieser ganzen Zusammenarbeit zwischen der Vormacht der kapitalistischen und derjeniger der kommunistischen Welt ausser China, bis es wegen der Besetzung der Tschechoslowakei durch die Russen zu einer neuen Belastung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen kam. Ich habe bereits bemerkt, dass sich die Washingtoner Regierung alle Mühe gibt, es dennoch nicht zu einem Wiederaufleben des Kalten Krieges gegen den Ostblock kommen zu lassen. Aber natürlich wird in erster Linie die Sowjetpolitik dafür zu sorgen haben, dass den Westmächten kein neuer Anlass zur verstärkten militärischen Aufrüstung geboten wird. Und soweit man bisher sehen kann, legt auch Moskau grossen Wert darauf, mit Washington weiterhin friedlich – was man eben so «friedlich» heisst – zu koexistieren.

Aber ist solche Zusammenarbeit überhaupt gesund, endgültig durchführbar und der Abrüstung und der Überwindung des Welthuners förderlich? Sie verhindert zunächst jedenfalls nicht die zunehmende *wirtschaftliche Kolonialisierung Westeuropas*, von der hier besonders im Märzheft 1968 die Rede war. Wie sich aus neueren Veröffentlichungen ergibt, haben nordamerikanische Unternehmungen seit 1958 mehr als zehn Milliarden Dollar in Westeuropa angelegt, über ein Drittel ihrer gesamten Auslandskapitalien. Und zwar bezeichnenderweise zum grössten Teil dank westeuropäischen Subventionen. «Wir bezahlen sie», rief ein besorgter Franzose kürzlich aus, «damit sie uns auskaufen.» Schon 1963 beherrschten amerikanische Firmen 40 Prozent des französischen Erdölmarktes, 65 Prozent der französischen Film- und Photopapiererzeugung, 65 Prozent der Produktion von landwirtschaftlichen Maschinen und von Einrichtungen des Fernmeldewesens sowie 45 Prozent der Konsumgüterindustrie Frankreichs. Ähnlich steht es in den andern Ländern des «Gemeinsamen Marktes». In Westdeutschland werden die amerikanischen Kapitalanlagen auf zwei Milliarden Dollar geschätzt, während das Gesamtkapital der an den westdeutschen Börsen «arbeitenden» Firmen nur dreieinhalf Milliarden Dollar beträgt. Wie lang wird es wohl gehen, bis nordamerikanisches Kapital auch in die Länder des Ostblocks eindringt? Tschechoslowakische Unternehmungen interessierten sich schon vor dem Einmarsch der «Warschauer» für USA-Kredite und halfen dadurch wider Willen mit, der Sowjetunion Vorwände für ihre «Rettungsaktion» zu geben.

Ungleicher ernster ist die Frage, ob die Kräfte, die in der Geistes- und Gesellschaftsverfassung sowohl des kommunistischen als des kapitalistischen Lagers wirken, so umgeformt werden können, dass Krieg fernerhin ausgeschlossen erscheint und der Weg zur Hebung der unterentwickelten Völker auf den Stand eines vollen Menschentums frei wird. Dazu seien hier nur ein paar ganz summarische Feststellungen erlaubt.

Was zunächst die kommunistischen Staaten anlangt, die aus dem Kampf der unterentwickelten, das heisst von den fortgeschrittenen Industrieländern

ausgebeuteten Völker erwachsen sind, so liegt ihre kriegserzeugende Wirksamkeit, dem landläufigen Antikommunismus entgegen, nicht in einem Angriffsdrang, der ihnen eingepflanzt wäre und sie darum unwiderstehlich antriebe, die sozialistische und nationalistische Revolution mit militärischer Gewalt über die ganze Erde zu verbreiten. Davon kann auch trotz dem russischen Überfall auf die Tschechoslowakei keine Rede sein, mindestens – seit Stalins «Revolution in *einem* Land» – nicht mehr. Die Gefahr liegt bei ihnen in dem verhängnisvollen Glauben, dass Kapitalismus und Imperialismus mit Notwendigkeit zum Krieg oder doch zu akuter Kriegsdrohung führen, und dass darum die bewaffnete *Verteidigung* gegen diese Drohung selbstverständliche Pflicht sei. Der Gewaltglaube ist auch in dieser Form eine Hauptursache des Wettrüstens in unserer Welt.

Im kapitalistischen Lager andererseits wirkt der Gewaltglaube – oft als angebliche Furcht vor kommunistischer Weltoberung verschleiert – tatsächlich als *Angriffskraft*. Daraus müssen nicht immer wieder Weltkriege entstehen, aber sie können es, auch mit Hilfe überlegener atomarer Rüstungen. Von Vietnam aus droht noch immer die Gefahr eines amerikanischen Versuches, dem Kommunismus in ganz Asien ein gewaltsames Ende zu bereiten und gleich auch das europäische Sowjetreich zu sprengen, wobei das vollkommener als je wiederaufgerüstete Deutschland westlicher Prägung entscheidend mitzuwirken hätte. Von aufrichtigem Abrüstungswillen ist darum das westmächtliche Lager noch weit entfernt; für Entwicklungshilfe im notwendigen Umfang hat es weder Mittel noch Kräfte zur Verfügung.

Dazu kommen zwei weitere Tatsachen. Einmal: Die herrschende Klasse in den kapitalistischen Ländern denkt gar nicht daran, die *profitsuchende Durchdringung* der wirtschaftlich zurückgebliebenen Länder aufzugeben, also ihnen *wirkliche Hilfe* zu leisten. Lateinamerika, Afrika, Süd- und Südostasien sind Zeugen dafür, aber auch die echt kolonialistische Niederhaltung der schwarzen Rasse in Nordamerika. Zweitens: Mit den Mitteln, die der aufsteigende Kapitalismus des Westens in seinem Bereich so erfolgreich angewandt hat, ist die Industrialisierung des Ostens und Südens nicht zu erreichen. Gunnar Myrdal, der bedeutende schwedische Sozialforscher und -praktiker, legt in einer neuesten Veröffentlichung (die ich bisher nur aus zweiter Hand kenne) den Finger besonders auf die Tatsache, dass den unterentwickelten Völkern, namentlich in Asien, die entscheidenden sozialen Voraussetzungen für die Besiegung ihres Elends fehlen, vor allem der Wille zur *sozialen Revolution*. Die Tragödie von Ländern wie Indien, Ceylon, Burma, Indonesien, so glaubt er, sei es, dass sie die soziale Revolution nicht gemacht hätten, als sie möglich gewesen wäre – und jetzt sei es vielleicht zu spät dafür. Alle bloss wirtschaftlichen Mittel der Entwicklungshilfe müssten darum versagen, und die Kluft zwischen den armen und den reichen Ländern werde sich nur immer mehr erweitern. Daran scheitere jeder amtliche Sozialismus in den erwähnten Ländern. Ob der Kommunismus unter diesen Umständen noch viel ausrichten könne, lässt Myrdal dahingestellt sein. Immerhin weist er darauf hin, dass «das kommunistische System auf mehr als blossem Zwang beruhe, wenn es die Massen zu ge-

meinschaftlicher Anstrengung erwecke – dass es vielmehr auch auf radikaler Gleichmachung und eindringlicher Erziehung beruhe, auf Propaganda und Organisationsarbeit, die von einer sehr einfach denkenden Unterführerschaft durchgeführt wird». (Man sieht das tatsächlich in China.)

Wir schliessen uns der Folgerung an, die der schwedische Fachmann der Entwicklungshilfe aus der von ihm dargestellten Lage zieht: dass Asiens Drama nicht notwendig Asiens – und der anderen Elendsgebiete – Tragödie werden müsse, dass es aber nicht wirklichkeitsgemäß sei anzunehmen, dass dies überhaupt nicht der Fall sein werde. Überraschungen, so hofft er, seien immer möglich, vielleicht sogar eine soziale Revolution, wie sie in Indien Nehru hätte durchführen sollen, aber nicht gekonnt habe.

4. September

Hugo Kramer

I. F. Stone's Weekley, 9. September 1968

Mit revolutionärem Geschwätz und Taktik zu spielen, wie die neue Linke es tut, wenn keine revolutionäre Situation vorhanden ist, heisst als Provokateur für einen amerikanischen Faschismus handeln.

Hass ist immer noch der Hauptfeind des menschlichen Geschlechts.

Worte, die in *Lateinamerika ein bitteres Lachen* hervorrufen werden. Staatssekretär Rusk an einer Pressekonferenz am 22. August:

«Die Tatsache, dass eine kleine Nation in Reichweite einer grossen Nation lebt, bedeutet nicht, dass die grosse Nation berechtigt ist, zu marschieren, um die internen Angelegenheiten der kleinen Nation zu reorganisieren.» Was sagen Guatemala, Kuba, die Dominikanische Republik oder Brasilien dazu, oder Bolivien, Columbien, Venezuela und andere lateinamerikanische Länder, in welchen unsere Spezialtruppen und die CIA an der Arbeit sind?